Der Landrat

Beratungsergebnis

der 2. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 01.02.2021

Zu Sitzungsbeginn:

Auf Anmerkung der SPD-Fraktion schlug der Landrat vor, die Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit, um die Tagesordnungspunkte

9. Folgen der Coronavirus-Pandemie
Resolution zum Impfen in den Hausarztpraxen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2021
- DS-Nr.: 5377 -

und

10. Folgen der Coronavirus-Pandemie
Anbindung des Impfzentrums an den ÖPNV
- Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2021
- DS-Nr.: 5380 -

zu erweitern.

Die SPD-Fraktion erklärte, dass sie die Anträge der CDU-Fraktion inhaltlich unterstütze. Ebenso aber betonte sie, dass es sich bei dem Begriff der Dringlichkeit um einen unbestimmten Rechtsbegriff handele. Eine Angelegenheit sei dringlich, wenn eine unabwendbare Gefahr entstehe, sofern die Dringlichkeit nicht festgestellt werde und deshalb eine Abstimmung nicht erfolgen könne. Wenn man sich nun darauf verständige, dass diese Anträge dringlich seien, müsse sich der Kreistag auch in ähnlichen Fällen so verhalten.

Die CDU-Fraktion äußerte, dass man wegen der ÖPNV-Anbindung müsse schnell weiterkommen müsse; es dürfe nicht noch ein Monat verstreichen, weil man sich über die Erweiterung der Tagesordnung nicht einig sei. Hinsichtlich der Ausführungen zur Dringlichkeit gebe sie der SPD-Fraktion ansonsten Recht.

Der Landrat hielt sodann das Einvernehmen fest, die Tagesordnung um Tagesordnungspunkte 9 und 10 zu erweitern.

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

9. Folgen der Coronavirus-Pandemie
Resolution zum Impfen in den Hausarztpraxen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2021 - DS-Nr.: 5377 -

Die CDU-Fraktion betonte, dass es für viele Menschen einfacher sei, für die Impfung in die Hausarztpraxis zu gehen. Zwar stelle sich im Moment die Frage noch nicht, weil noch nicht genügend Impfstoff vorhanden sei, aber es sollten frühzeitig die Weichen dafür gestellt werden.

Die FDP-Fraktion erklärte, die Resolution mitzutragen. Sie könne sich auch vorstellen, dass die Impfbereitschaft steige, weil zum Hausarzt ein stärkeres Vertrauensverhältnis bestehe.

Die FWG-UWG-Fraktion stand dem grundsätzlich positiv gegenüber. Vor allem stelle sich ihr die Frage, wer für die Verteilung sorge, wie die Impfdosen aufgeteilt würden und wie die Terminvergabe für die Hausärzte erfolge.

Der Landrat äußerte, dass man zunächst die Entscheidungen des Landes abwarten müsse.

Sodann fasste der Kreisausschuss folgenden

Beschluss:

Der Kreis Gütersloh fordert die Landesregierung auf, möglichst schnell auch das Impfen gegen COVID-19 in den Hausarztpraxen zu ermöglichen.

Ergebnis: Einstimmig, 1 Stimmenthaltung